

2024.SR.0030

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz): Provisorium Volksschule Kirchenfeld im Gaswerkareal: Verbesserung der Schulwegsicherheit: Überlegt sich der Gemeinderat den Bau eines Brückenprovisoriums unten an der Aare, um den Zugang zum Provisorium zu verbessern? Ist der Gemeinderat bereit, ein solches Brückenprovisorium zu prüfen?

Der Gemeinderat wird höflich um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Überlegt sich der Gemeinderat den Bau eines Brückenprovisoriums unten an der Aare zu prüfen, um den Zugang zum Provisorium zu verbessern? Dieses Behelfsbrücke müsse wahrscheinlich infolge der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen (u.a. Wasserschutzgesetzgebung/BauG) verschoben werden.
2. Ist der Gemeinderat bereits, bei der Armee und Kanton ein entsprechendes Gesuch einzureichen und das Vorgehen zu prüfen? Wenn nein, warum nicht? Alternative Gruppen kamen immer in den Genuss von Ausnahmen.

Die Fragesteller sind besorgt, dass der Schulweg für die Kleinen zu gefährlich ist. Sie gehen davon aus, dass die Schweizerische Armee in der Lage wäre, mit Genie und Rettungstruppen eine Behelfsbrücke zu erstellen und diese wenn nötig zu verschieben.

Bern, 01. Februar 2024

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Ueli Jaisli, Bernhard Hess

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Die Querung der Aare über ein Brückenprovisorium wurde geprüft. Man orientierte sich dabei an dem Provisorium des Schönaustegs. Dieses stand allerdings nur wenige Monate und wäre für eine Dauer von mehreren Jahren nicht geeignet gewesen. Für den Bau einer mehrjährig benötigten Brücke werden erhöhte Anforderungen gestellt. Aufgrund der unverhältnismässig hohen Kosten wurde diese Variante verworfen.

Zu Frage 2:

Armeebrücken werden in der Regel in Katastrophenfällen als Behelfs-, Unterstützung oder Notbrücke eingesetzt und sind nicht für einen längeren Einsatz vorgesehen. Aus diesem Grund und da sich auch das Schulamt für die Variante mit einer Treppe ausgesprochen hat, wurde die Variante Brückenprovisorium und somit eine Anfrage an die Armee nicht weiterverfolgt.

Bern, 28. Februar 2024

Der Gemeinderat